

Gewerkschaften und Sozialverbände treten dafür ein, das Sicherheitsversprechen des Sozialstaats für alle einzulösen

SoVD im Bündnis starker Sozialstaat in Niedersachsen

In Artikel 20 Absatz 1 des Grundgesetzes heißt es: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“ Ein starker Sozialstaat ist die Grundlage für ein gelingendes Zusammenleben. In jüngster Zeit wird dieser Sozialstaat auf unterschiedlichen Ebenen in Frage gestellt und angegriffen. Deshalb haben sich in Niedersachsen Gewerkschaften und Sozialverbände zum „Bündnis starker Sozialstaat“ zusammengeschlossen. Im Einzelnen gehören dazu: Die AWO Niedersachsen Landesarbeitsgemeinschaft, der Paritätische Niedersachsen, die Diakonie in Niedersachsen, die Landesarmutskonferenz Niedersachsen, die Caritas in Niedersachsen, der Kinderschutzbund Niedersachsen, der SoVD, die Lebenshilfe, der Sozialverband VdK, der Blinden- und Sehbehindertenverband Niedersachsen, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und seine Mitgliedsgewerkschaften EVG, GdP, GEW, IG BAU, IGBCE, IG Metall, NGG und ver.di.

Das Bündnis setzt sich ein für ein Rentenniveau, das den Lebensstandard sichert, tritt ein für ein entschiedenes Handeln gegen Kinderarmut, für bezahlbaren Wohnraum, für existenzsichernde Löhne, für eine gute medizinische Versorgung, für eine verlässliche soziale Infrastruktur, für den Erhalt des Acht-Stunden-Arbeitstages, für mehr Unterstützung für junge Menschen ohne Ausbildung, für die Integration von Erwerbslosen und für eine Bleibperspektive für Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und den Folgen des Klimawandels geflohen sind.

„Ein starker Sozialstaat ist das Versprechen an die Bürger*innen, dass sie bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Pflege und im Alter nicht alleingelassen werden. Die soziale Absiche-

rung ist das Fundament für eine demokratische und zukunftsfähige Gesellschaft – diese aufzugeben wäre verantwortungslos und kurzsichtig“, sagt Andrea Wemheuer, die Landesbezirksleiterin von ver.di Niedersachsen-Bremen. „Der Sozialstaat ist nicht nur ein Kostenfaktor, sondern stabilisiert die Demokratie, fördert den sozialen Zusammenhalt und trägt zu einer solidarisches, gerechten und resilienten Gesellschaft bei. Damit er zukunftsfähig wird, muss ein Kulturwechsel vom Misstrauen zum Vertrauen erfolgen. Nur so kann Bürokratieabbau gelingen“, sagt Hans-Joachim Lenke, Vorstandssprecher der Diakonie in Niedersachsen. „Das Existenzminimum muss neu und fair berechnet werden. Die Armut ist in Niedersachsen seit 2010 bereits von

14,4 auf 16,6 Prozent gestiegen. Die Armen werden ärmer und die Reichen immer reicher“, sagt Fabian Steenken, der Geschäftsführer der Landesarmutskonferenz Niedersachsen.

Zur Finanzierung eines starken Sozialstaats fordert das Bündnis: Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, eine gerechte Erbschaftssteuer, die konsequente Verfolgung von Steuerhinterziehung, eine paritätische Bürgerversicherung und die Umwandlung der gesetzlichen Rentenversicherung in eine Erwerbstätigenversicherung.

Das Bündnis möchte mit den Forderungen eine Diskussion in der Gesellschaft und in der Politik anstoßen. Des Weiteren sind Veranstaltungen und Aktionen in diesem Kontext geplant.

**Ein starker
Sozialstaat
ist das
Fundament der
Demokratie!**



BÜNDNIS STARKER SOZIALSTAAT

Stark! Sozial! Gerecht!

Abbildung: Bündnis starker Sozialstaat Niedersachsen

Insgesamt 19 Gewerkschaften und Sozialverbände haben sich zum „Bündnis starker Sozialstaat“ in Niedersachsen zusammengeschlossen. Öffentlichkeitswirksam setzen sie sich gemeinsam für mehr soziale Gerechtigkeit und sichere Lebensbedingungen für alle Menschen ein.

SoVD befürchtet Verschärfung der Versorgungskrise / Außerdem drohen höhere Folgekosten bei ausbleibender Behandlung

„Kürzung bei Psychotherapien ist unverantwortlich“

Die Vergütung für ambulante Psychotherapien soll um 4,5 Prozent gekürzt werden. Das hat der Bewertungsausschuss entschieden. Der SoVD in Niedersachsen sieht darin ein fatales Signal angesichts des ohnehin schon großen Versorgungsengpasses bei Psychotherapien. Er fordert eine Rücknahme der Kürzungen.



Foto: bnenin / Adobe Stock

Die beabsichtigte Kosteneinsparung bei der Vergütung von ambulanten Psychotherapien wäre aus SoVD-Sicht fatal: Damit werde riskiert, dass Behandlungen weiter verzögert werden oder ganz ausbleiben.

Wer heutzutage einen Psychotherapie-Platz sucht, muss häufig monatelang warten, weil es zu wenig Therapeut*innen gibt. Gerade bei Kindern und Jugendlichen ist die Lage dramatisch: Jede*r Fünfte unter 18 Jahren hat mit psychischen Problemen zu kämpfen. Jetzt hat der Bewertungsausschuss auf Initiative des GKV-Spitzenverbands eine Honorarkürzung um 4,5 Prozent bei ambulanten Psychotherapien beschlossen.

„Diese Entscheidung ist unverantwortlich und verschärft die bestehende Versorgungskrise“, betont Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Denn: „Die Kürzungen werden dazu führen, dass sich noch weniger Therapeut*innen niederlassen und Angebote für gesetzlich Versicherte vorhalten. Therapien können sich dann nur noch diejenigen leisten, die sie

auch privat bezahlen können.“ Das Ziel, im Gesundheitswesen Kosten einzusparen, dürfe nicht zulasten derjenigen umgesetzt werden, die dringend Hilfe benötigen. „Neben Kindern und Jugendlichen brauchen auch immer mehr Senior*innen oder Menschen mit Behinderung Unterstützung bei Depressionen oder spezielle Behandlungen. Gerade für sie ist es schwierig, in einem Flächenland wie Niedersachsen in der Nähe eine*n Therapeut*in zu finden“, erläutert der niedersächsische SoVD-Chef.

Die Kürzungen seien ein fataler Schritt in die falsche Richtung: „Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Therapeut*innen. Wer hier spart, riskiert höhere Folgekosten durch verzögerte oder ausbleibende Behandlung. Damit sparen die Krankenkassen am Ende nichts“, ist sich Swinke sicher.